

Politische Weiterbildung: Öffentlich präsent

Preis und Aktionstage

Im Frühjahr 2011 gab es eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen, die sich mit der überregionalen Koordination der außerschulischen Bildung und mit der Verstärkung ihrer öffentlichen Präsenz befassten. Dazu gehörten vor allem Aktivitäten des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), in dem auch die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) mitarbeitet.

Preisverleihung 2011

Eine öffentlichkeitswirksame Aktion war die Preisverleihung, die der Bundesausschuss gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) am 5. Mai in Berlin vornahm. Der insgesamt mit 15.000 Euro dotierte »Preis Politische Bildung« wurde dieses Jahr zum zweiten Mal vergeben. Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung wurden fünf Projekte ausgezeichnet, die, so die Jury, politische Weiterbildung und Partizipation in besonderer Weise thematisieren. »Unsere demokratische Kultur lebt von politischer Bildung! Wie diese Bildung gelingen kann, haben uns die Projekte der heutigen Preisträger eindrucksvoll vor Augen geführt. Als Schirmherrin des Preises möchte ich allen Preisträgern und den mehr als 200 Bewerbern für dieses Engagement danken«, erklärte Kristina Schröder, die zuständige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

»Mit dem Preis Politische Bildung haben wir gezeigt, was Demokratie immer wieder braucht«, betonte Lothar Harles vom bap, »nämlich engagiertes und konstruktives Sich-Einmischen.« Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale, ergänzte: »Eine große Stärke der politischen Bildung

in Deutschland ist es, dass sie sich eben nicht nur auf Kenntnisse über Institutionen, Strukturen oder Prozesse der Politik beschränkt, sondern das persönliche Engagement für Staat und Gesellschaft in den Vordergrund rückt.« Die diesjährigen Preisträger wurden durch eine Fachjury aus bap, bpb und BMFSFJ ausgewählt.

Der erste Preis ging an das Projekt »PARLAMENT – Kommunalwahlen in Slubfurt« des Vereins Slubfurt e.V. Die Stadt Slubfurt liegt je zur Hälfte in Polen (Slubice) und in Deutschland (Frankfurt an der Oder), wurde 1999 gegründet und 2000 in das Register der Europäischen Städtenamen (RES) eingetragen. Auf Basis des Slubfurter Grundgesetzes wurden Parteien gebildet und Kommunalwahlen organisiert, wobei sich das Projekt mit Identitätsbildung und zivilgesellschaftlicher »Selbstgestaltung« auseinandersetzt, und zwar am Beispiel eines grenzüberschreitenden Stadtraumes, der unterschiedliche Sprachen, Gesellschafts- und Denksysteme aufweist. Mit dem zweiten Preis wurde eine Einrichtung der katholischen Erwachsenenbildung ausgezeichnet, nämlich das Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath für sein Projekt »Politik trifft Hartz IV – Neue Verbindungen wagen«. Rund 200 Langzeitarbeitslose diskutierten hier auf »Augenhöhe« mit Politikern über die Folgen der Arbeitslosigkeit. Durch kreative Seminargestaltung wurden die Teilnehmenden einbezogen und dazu bewegt, ihre Anliegen künftig in politischer und kultureller Bildung zu platzieren. Theo W. Länge, der ehemalige bap-Vorsitzende, stellte in seiner Laudatio besonders die Leistung des Projekts heraus, mit einer als »bildungsfern« eingestuften Zielgruppe einen intensiven Bildungsprozess zu initiieren, der sich jenseits der üblichen Arbeits-

marktorientierung bewegte.

Medienpreise wurden an den Phönix für die Ausstrahlung des »Politiker-Speed-Datings« und der Schlichtungsgespräche zum Bahnprojekt Stuttgart 21 sowie an das Bürgerfunkprojekt von Radio CORAX in Halle vergeben. Ferner wurde das Projekt GenderCamp 2010 des ABC Bildungs- und Tagungszentrums in Drochtersen-Hüll ausgezeichnet. Das GenderCamp war das erste BarCamp zum Thema Geschlechterverhältnisse und Netzpolitik. Die Jury würdigte damit insbesondere den Einsatz von Social Media in der politischen Bildung. Der Preis Politische Bildung wird alle zwei Jahre durch den Bundesausschuss Politische Bildung verliehen. Gefördert wird er vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Aktionstage

Die Preisverleihung bildete auch den Auftakt der Aktionstage Politische Bildung 2011, die mit dem Gründungstag des Europarates am 5. Mai starteten und am 23. Mai endeten. Diese bundesweite Öffentlichkeitsaktion für die politische Bildung im staatlichen wie nichtstaatlichen Bereich, die seit 2005 mit Print- und Online-Medien sowohl auf die Angebote als auch auf die Träger und Einrichtungen der Bildungsarbeit aufmerksam macht, wird vom Bundesausschuss in Zusammenarbeit mit der Bundes- bzw. den Landeszentralen durchgeführt. Im außerschulischen Praxisfeld bündeln die Aktionstage als größte flächendeckende Veranstaltungsreihe der Republik immer mehr Veranstaltungen. Die Aktionstage gingen 2004 mit knapp hundert Veranstaltungen an den Start. 2010 wurden bereits bis zu 500 Veranstaltungen unter dem Aktionslogo organisiert, mittlerweile liegt die Zahl deutlich über 500.

Als attraktiv für die Öffentlichkeitswirkung haben sich auch die eigenen Eröffnungsveranstaltungen erwiesen. 2009 fand eine solche Veranstaltung in Verbindung mit der »Langen Nacht

der Demokratie«, dem Jubiläum von Bundesrepublik und Grundgesetz, in Bonn statt. Im Mai 2010 folgte in Essen als der damaligen europäischen Kulturhauptstadt das Zukunftsquiz »Gewusst wohin?«. Bei den zentralen Veranstaltungen hat sich ein Quizformat bewährt, das Elemente des Infotainments verwendet und gängige Unterhaltungsangebote teils nachahmt, teils parodiert. Jugendliche, Prominente, Medienmacher, Politiker, politische Bildner, aber auch die anwesenden Zuschauer und Zuschauerinnen können hier mitmachen bzw. -spielen. Wie die letzten Diskussionen um Fleischproduktion, Lebensmittelpreise und -skandale zeigten, gehört die Ernährungsfrage zu den politisch eminent wichtigen Themen. »Ahnungslos essen?« lautete daher der Titel der Quizshow, die die Bundeszentrale zum Auftakt der Aktionstage in Berlin am 5. Mai organisierte (www.bpb.de/aktionstage).

Diskussion über Förderpolitik

Im Anschluss an die genannten Veranstaltungen trat übrigens in Berlin der Runde Tisch der politischen Bildung, das Konsultations- und Koordinationsgremium von Bundeszentrale und Bildungsträgern, zusammen. In das Gremium, das jetzt seit zehn Jahren besteht, wurden sechs neue Mitglieder berufen, sodass weiterhin ein repräsentativer Kreis aus dem breiten Spektrum der rund 400 durch die Bundeszentrale geförderten Einrichtungen vertreten ist. Das Treffen, das von Hanne Wurzel, bpb-Fachbereichsleiterin Förderung, geleitet wurde, setzte die Diskussion über die Förderpolitik fort und befasste sich vor allem mit der Überarbeitung der Förderrichtlinien der Bundeszentrale, zu der die Bildungsträger zahlreiche Vorschläge einbrachten. Beim Runden Tisch wurden zudem Vereinbarungen über die neuen Schwerpunkte für die Förderung der politischen Bildung durch die Bundeszentrale ab dem Jahr 2012 getroffen.

Johannes Schillo